

„Zuwanderer in der Stadt“: Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik

Berlin (wi) – Zur Stadt gehört der Fremde. Städte sind seit jeher die Schmelztiegel der Gesellschaft. Sie sind aber auch der Ort, an dem sich die Probleme bei misslingender Integration von Zuwanderern in besonderem Maße manifestieren. Am 11. Februar 2005 wurden auf einem Kongress in Berlin „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ vorgestellt.

In Deutschland gilt die räumliche „Durchmischung“ von Zuwanderern mit Einheimischen noch immer als probates Instrument der Integration. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: In unseren Großstädten bestehen bereits und entstehen weiterhin ethnisch geprägte Wohnquartiere, in denen die deutschen und ausländischen Bewohner häufig gleichermaßen von sozialem Abstieg bedroht sind. Wie gelingt unter diesen Verhältnissen die Integration der Zuwanderer? Sind Stadtteile mit hohem Ausländeranteil ein Integrationshindernis oder erleichtern sie vor allem Neuzugewanderten das Hineinwachsen in die deutsche Gesellschaft? Was können Kommunen und Wohnungsunternehmen zur sozialräumlichen Integration von Migranten beitragen?

Diesen innenpolitisch aktuellen Fragen stellt sich das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“, das die Darmstädter Schader-Stiftung, der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der Deutsche Städtetag (DST), das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) und das Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (InWIS) seit Januar 2004 in einem Verbund durchführen. Die gesellschaftliche und ökonomische Umsetzbarkeit hat Priorität in diesem praxisorientierten Forschungsprojekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Programm „Bauen und Wohnen“ gefördert wird. Ausgangsüberlegung für das Projekt ist die Beobachtung, dass die „Integrationsmaschine“ Arbeitsmarkt in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit, von der insbesondere Ausländer betroffen sind, immer weniger greift, und somit die Wohnquartiere als Lebensmittelpunkt für die Integration an Bedeutung gewinnen.

Das Projekt ruht auf zwei Säulen, nämlich dem zehnköpfigen „Expertenforum“ sowie einem Netzwerk aus acht Großstädten.

Die erste Projektsäule: Das interdisziplinäre „Expertenforum“

Im „Expertenforum“ haben im vergangenen Jahr Wissenschaftler gemeinsam mit Praktikern aus Wohnungswirtschaft und

Kommunalverwaltung Erkenntnisse zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern gebündelt und systematisiert. Diese für Kommunalpolitik und -verwaltung sowie für die Wohnungswirtschaft niedergelegten „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ wurden auf einer Tagung am 11. Februar 2005 im Umweltforum Berlin-Friedrichshain vorgestellt.



Dem „Expertenforum“ gehörten an die ehemalige Ausländerbeauftragte Berlins, **Prof. Barbara John**; **Aydan Özoguz**, SPD-Fraktion Hamburgische Bürgerschaft; die Stadtsoziologen **Prof. em. Dr. Erika Spiegel** und **Prof. Dr. Walter Siebel**; **Hans-Joachim Schlöbl**, Leiter des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung, Nürnberg; **Dierk Hausmann**, Fachbereichsleiter im Stadtplanungsamt Frankfurt am Main; **Gerd-Reiner Voss**, Leiter des Amtes für Wohnungswesen, Hagen; **Willi Hoppenstedt**, Geschäftsleitung der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft und GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Hamburg; **Bernhard Spiller**, Ltd. Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main sowie **Manfred Krause**, Vorstandsmitglied des Spar- und Bauvereins Solingen eG.

Die zweite Projektsäule: Das „Praxis-Netzwerk“ aus acht deutschen Großstädten

Die vom „Expertenforum“ erarbeiteten „Empfehlungen...“ werden ab Februar 2005 von der zweiten „Säule“ des Pro-

jektes, dem „Praxis-Netzwerk“, erprobt, um jeweils vor Ort die Praxis der sozialräumlichen Integration zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Am „Praxis-Netzwerk“ nehmen die Städte **Berlin-Mitte, Hamburg, Essen, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg und Frankfurt am Main** teil.

Wissenschaftlich begleitet werden die Städte des „Praxis-Netzwerks“ von den Verbundpartnern difu und InWIS. Die beiden Forschungsinstitute haben 2004 die örtlichen Gegebenheiten in den kooperierenden Städten erhoben und werden nach der Umsetzung der „Empfehlungen...“ eine weitere Evaluation vornehmen. Ihre Ergebnisse sollen im Juni 2006 veröffentlicht werden. Nach weiteren drei Jahren soll überprüft werden, wie sich die entwickelten Instrumentarien in der Praxis bewährt haben. Ziel ist es, dass die bewährten Praktiken von den Kommunen und der Wohnungswirtschaft übernommen werden können.

Jedem in den Mitgliedsverbänden des GdW organisierten Wohnungsunternehmen wird in den nächsten

Tagen ein kostenloses Exemplar der Empfehlungen zugesandt. Zusätzliche Exemplare können bei der Projektgeschäftsstelle angefordert werden:

Schader-Stiftung, Karlstraße 85, 64285 Darmstadt, Tel.: 06151 / 1759-0, Fax: 06151 / 1759-25, Internet: www.zuwanderer-in-der-stadt.de, E-mail: kontakt@schader-stiftung.de.

Über diesen Weg kann gleichfalls der Band „Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt“, Darmstadt 2005, 480 Seiten, mit einer Schutzgebühr von 18,- Euro bestellt werden. Die Themen sind u. a.: Räumliche Verteilung und Wohnsituation von Zuwanderern in Deutschland, Migranten in Wohnungsunternehmen, Wohnungsvergabepraxis und Partizipationsansätze.

Die Ergebnisse der bis zum Frühjahr 2006 andauernden „Praxisphase“ werden den Wohnungsunternehmen dann ebenfalls zeitnah kostenlos zur Verfügung gestellt.

Ein ausführlicher Veranstaltungsbericht folgt in einer der nächsten wi-Ausgaben. ■

